

28. März 2006

## Gesetz über die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter (RStG)

---

Der Grosse Rat des Kantons Bern,  
in Ausführung von Artikel 93 Absätze 2 und 3 der Kantonsverfassung [BSG 101.1],  
beschliesst:

### 1. Allgemeine Bestimmungen

#### Art. 1

Organisation

<sup>1</sup> Die Regierungsstatthalterin oder der Regierungsstatthalter ist die Verwaltungs- und Verwaltungsjustizbehörde des Verwaltungskreises.

<sup>2</sup> Für jeden Verwaltungskreis wählen die Stimmberechtigten eine Regierungsstatthalterin oder einen Regierungsstatthalter.

#### Art. 2

Wählbarkeitsvoraussetzungen

Wählbar ist jede in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigte Person.

#### Art. 3

Amts- und Wohnsitz

<sup>1</sup> Der Amtssitz befindet sich im Verwaltungskreis. Der Regierungsrat bestimmt den Ort.

<sup>2</sup> Die Regierungsstatthalterin oder der Regierungsstatthalter wohnt im Verwaltungskreis.

#### Art. 4

Stellvertretung

Der Regierungsrat regelt die Stellvertretung der Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter durch Verordnung.

#### Art. 5

Ablehnung und Ausstand

Für die Zuständigkeit bei Ablehnung und Ausstand gelten die Bestimmungen von Artikel 9 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG [BSG 155.21]).

### 2. Geschäftsleitung, Aufsicht, Ausbildung, Berichterstattung [Titel Fassung vom 11. 6. 2009]

#### Art. 6 [Fassung vom 11. 6. 2009]

Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung ist das gemeinsame Organ der Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter. Sie besteht aus sämtlichen Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthaltern und ist zuständig für die Koordination der Aufgabenerfüllung und die Umsetzung der Einsatzstrategie und der Leistungsvereinbarung.

#### Art. 6a [Eingefügt am 11. 6. 2009]

Ausschuss

<sup>1</sup> Die Geschäftsleitung bestellt zur Vorbereitung ihrer Geschäfte und zur selbstständigen Erledigung einzelner Angelegenheiten einen Ausschuss von mindestens drei und höchstens fünf Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthaltern. Sie bestimmt ein Mitglied des Ausschusses, das den Vorsitz im Ausschuss und in der Geschäftsleitung führt.

<sup>2</sup> Die Amtsdauer der Mitglieder des Ausschusses und der oder des Vorsitzenden beträgt zwei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

<sup>3</sup> Der Ausschuss verfügt über ein ständiges Sekretariat.

<sup>4</sup> Der Regierungsrat regelt die Organisation der Geschäftsleitung durch Verordnung und bestimmt, welche Geschäfte dem Ausschuss zur selbstständigen Erledigung übertragen sind.

#### **Art. 6b** *[Eingefügt am 11. 6. 2009]*

##### Aufsicht

<sup>1</sup> Der Regierungsrat übt durch die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion die Aufsicht über die administrative, organisatorische und fachliche Führung der Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter aus. Er legt eine Einsatzstrategie als Führungsinstrument fest.

<sup>2</sup> Die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion schliesst mit der Geschäftsleitung eine Leistungsvereinbarung ab.

<sup>3</sup> Sie kann den Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthaltern verbindliche generelle Weisungen erteilen.

#### **Art. 7**

##### Ausbildung

Die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion sorgt für die Aus- und Weiterbildung der Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter.

#### **Art. 8**

##### Berichterstattung

Die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter erstellen jährlich einen Bericht zuhanden des Regierungsrates über die wesentlichen Aspekte ihrer Tätigkeit sowie besondere Ereignisse im Verwaltungskreis.

### **3. Aufgaben**

#### **Art. 9**

##### Allgemeine Aufgaben

<sup>1</sup> Die Regierungsstatthalterin oder der Regierungsstatthalter erfüllt im Verwaltungskreis insbesondere die folgenden Aufgaben: sie oder er

- a* vertritt den Regierungsrat,
- b* beaufsichtigt und berät die Gemeinden,
- c* ist in den von der Gesetzgebung bezeichneten Fällen Aufsichts-, Bewilligungs-, Genehmigungs-, Verwaltungsjustiz- und Vollzugsbehörde,
- d* wirkt als Polizeibehörde und erfüllt Führungs- und Koordinationsaufgaben im Bereich des Bevölkerungsschutzes,
- e* vermittelt im Rahmen ihrer oder seiner Aufgaben und Zuständigkeiten nach Möglichkeit zwischen der Bevölkerung und den Behörden des Kantons und der Gemeinden,
- f* nimmt Aufgaben im Bereich der Bekämpfung der häuslichen Gewalt wahr.

<sup>2</sup> Die weiteren Aufgaben richten sich nach der besonderen Gesetzgebung.

#### **Art. 10**

##### Koordination, Information

<sup>1</sup> Die Regierungsstatthalterin oder der Regierungsstatthalter koordiniert im Verwaltungskreis die Tätigkeit und den Geschäftsverkehr zwischen der kantonalen Verwaltung und den Gemeinden und ist deren Verbindungsstelle.

<sup>2</sup> Die Beteiligten stellen ihr oder ihm für die Durchführung dieser Aufgaben die notwendigen Informationen und Unterlagen zeitgerecht zur Verfügung.

#### **Art. 11**

## Öffentliche Ordnung und Sicherheit

<sup>1</sup> Die Regierungsrätin oder der Regierungsrat wacht über die Wahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Verwaltungskreis und trifft in Absprache mit den Gemeinden und den zuständigen kantonalen Stellen die nötigen Massnahmen, um störende oder gefährdende Zustände zu verhindern oder zu beseitigen.

<sup>2</sup> Sie oder er kann dabei die Unterstützung der Polizeiorgane des Kantons und der Gemeinden, der Feuerwehr und des Zivilschutzes anfordern. Bei Bedarf können weitere personelle oder materielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

### **Art. 12**

#### Vollstreckung, Amts- und Rechtshilfe

<sup>1</sup> Die Regierungsrätin oder der Regierungsrat wirkt im Rahmen der besonderen Gesetzgebung bei der Vollstreckung von gerichtlichen Urteilen sowie Entscheiden und Verfügungen der Verwaltungs- und Verwaltungsjustizbehörden mit und leistet auf deren Ersuchen Amts- und Rechtshilfe.

## **4. Verschiedene Bestimmungen**

### **Art. 13**

#### Personal, Räumlichkeiten, Hilfsmittel

Der Kanton stellt den Regierungsrätinnen und Regierungsräten das erforderliche Personal sowie die nötigen Räumlichkeiten, Einrichtungen und Hilfsmittel zur Verfügung.

### **Art. 14**

#### Geschäftsordnung

Die Regierungsrätin oder der Regierungsrat regelt Aufgaben, Befugnisse und Verantwortung des Personals in einer Geschäftsordnung. Diese ist durch die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion zu genehmigen.

## **5. Übergangs- und Schlussbestimmungen**

### **Art. 15**

#### Übergangsbestimmungen

<sup>1</sup> Die nach bisherigem Recht am 1. Januar 2008 beginnende Amtsdauer der Regierungsrätinnen und Regierungsräte endet mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.

<sup>2</sup> Die Regierungsrätinnen und Regierungsräte der Verwaltungskreise werden auf diesen Zeitpunkt hin nach neuem Recht gewählt.

### **Art. 16**

#### Stellenaufhebungen

Bei Stellenaufhebungen zufolge der Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung gilt grundsätzlich die Personalgesetzgebung. Der Regierungsrat kann eine abweichende Regelung treffen.

### **Art. 17**

#### Änderung von Erlassen

Folgende Erlasse werden geändert:

1. Publikationsgesetz vom 18. Januar 1993 (PuG [BSG 103.1])
2. Gesetz vom 5. Mai 1980 über die politischen Rechte (GPR [BSG 141.1])
3. Gesetz vom 8. November 1988 über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG [BSG 151.21])
4. Gesetz vom 20. Juni 1995 über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Organisationsgesetz; OrG [BSG 152.01])
5. Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG [BSG 155.21])
6. Gesetz vom 14. März 1995 über die Organisation der Gerichtsbehörden in Zivil- und Strafsachen (GOG [BSG 161.1])
7. Gemeindegesetz vom 16. März 1998 (GG [BSG 170.11])

8. Gesetz vom 28. Mai 1911 betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB [BSG 211.1])
9. Gesetz vom 22. November 1989 über die fürsorgliche Freiheitsentziehung und andere Massnahmen der persönlichen Fürsorge (FFEG [BSG 213.316])
10. Gesetz vom 21. Juni 1995 über das bäuerliche Boden- und Pachtrecht (BPG [BSG 215.124.1])
11. Einführungsgesetz vom 25. September 1988 zum Bundesgesetz vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (EG BewG [BSG 215.126.1])
12. Gesetz vom 18. März 1992 betreffend die Handänderungs- und Pfandrechtssteuern (HPG [BSG 215.326.2])
13. Gesetz vom 15. Januar 1996 über die amtliche Vermessung (AVG [BSG 215.341])
14. Gesetz vom 7. Juli 1918 über die Zivilprozessordnung (ZPO [BSG 271.1])
15. Einführungsgesetz vom 16. März 1995 zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG [BSG 281.1])
16. Gesetz vom 15. März 1995 über das Strafverfahren (StrV [BSG 321.1])
17. Gesetz vom 25. Juni 2003 über den Straf- und Massnahmenvollzug (SMVG [BSG 341.1])
18. Gesetz vom 6. Mai 1945 über die bernischen Landeskirchen [BSG 410.11]
19. Gesetz vom 8. September 1999 über die Denkmalpflege (Denkmalpflegegesetz; DPG [BSG 426.41])
20. Kantonales Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz vom 24. Juni 2004 (KBZG [BSG 521.1])
21. Polizeigesetz vom 8. Juni 1997 (PolG [BSG 551.1])
22. Gesetz vom 1. Dezember 1996 über die Ruhe an öffentlichen Feiertagen [BSG 555.1]
23. Gesetz vom 26. März 2002 über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLG [BSG 620.0])
24. Gesetz vom 3. Oktober 1965 über die Enteignung [BSG 711.0]
25. Baugesetz vom 9. Juni 1985 (BauG [BSG 721.0])
26. Gesetz vom 14. Februar 1989 über Gewässerunterhalt und Wasserbau (Wasserbaugesetz; WBG [BSG 751.11])
27. Gesundheitsgesetz vom 2. Dezember 1984 (GesG [BSG 811.01])
28. Gesetz vom 4. November 1992 über die Arbeit, Betriebe und Anlagen (ABAG [BSG 832.01])
29. Gesetz vom 7. Februar 1978 über die Einigungsämter [BSG 833.21]
30. Gesetz vom 11. Juni 2001 über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz; SHG [BSG 860.1])
31. Feuerschutz- und Feuerwehrgesetz vom 20. Januar 1994 (FFG [BSG 871.11])
32. Fischereigesetz vom 21. Juni 1995 (FiG [BSG 923.11])
33. Gesetz vom 4. November 1992 über Handel und Gewerbe (HGG [BSG 930.1])
34. Gastgewerbegesetz vom 11. November 1993 (GGG [BSG 935.11])
35. Lotteriegesetz vom 4. Mai 1993 [BSG 935.52]

## **Art. 18**

Aufhebung eines Erlasses

Das Gesetz vom 16. März 1995 über die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter (BSG 152.321) wird aufgehoben.

## **Art. 19**

Inkrafttreten

Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Bern, 28. März 2006

Im Namen des Grossen Rates  
Der Präsident: *Koch*  
Der Vizestaatsschreiber: *Krähenbühl*

RRB Nr. 2008 vom 3. Dezember 2008:

Folgende Bestimmungen des Gesetzes vom 28. März 2006 über die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter (RStG) treten am 1. Januar 2009 in Kraft:

- Artikel 1 Absatz 2
- Artikel 15 Absatz 2
- Artikel 17 Ziffer 2, Änderung von Artikel 43a des Gesetzes vom 5. Mai 1980 über die politischen Rechte (GPR; BSG 141.1)
- Artikel 17 Absatz 4, Artikel 39a des Gesetzes vom 20. Juni 1995 über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Organisationsgesetz; OrG; BSG 152.01 und Anhang 2 zu Artikel 39a ORG)

RRB Nr. 1248 vom 1. Juli 2009 (BAG 09–90):

Die folgenden am 28. März 2006 vom Grossen Rat beschlossenen Erlasse treten am 1. Januar 2010 wie folgt in Kraft:

- Gesetz über die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter (RStG) (BAG 08–134): am 1. Januar 2010, soweit dieses nicht bereits mit Regierungsratsbeschluss Nr. 2008 vom 3. Dezember 2008 in Kraft gesetzt wurde,
- Dekret über die Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung (BAG 08–135): am 1. Januar 2010, soweit dieses nicht bereits mit Regierungsratsbeschluss Nr. 2008 vom 3. Dezember 2008 in Kraft gesetzt wurde.

### **Anhang**

28.3.2006 G

BAG 08–134, in Kraft am 1. 1. 2009 bzw. 1. 1. 2010

### **Änderungen**

11.6.2009 G

über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft, BAG 09–147 (Art. 99), in Kraft am 1. 1. 2010